

Die spanische Regierung unter dem rechten Ministerpräsidenten Mariano Rajoy brachte Anfang Juli 2015 ein Gesetz auf den Weg, das das Versammlungs- und Demonstrationsrecht massiv einschränkt und Verstöße dagegen mit Bußgeldern bis zu 30 000 Euro belegt: die sogenannte Ley Mordaza – das Maulkorb-Gesetz. Im Vorfeld der spanischen Parlamentswahlen zielt es im Kern darauf, die Demokratiebewegung zu zerschlagen. Alle Protestformen, die für die Bewegung charakteristisch sind, werden kriminalisiert, öffentliche Versammlungen, die Verhinderung von Zwangsräumungen oder der Protest vor staatlichen Institutionen faktisch unmöglich gemacht.

Seit Anfang des Jahres gibt es landesweit Proteste gegen die Verabschiedung des Gesetzes, das die Beschneidung politischer Grundrechte vorsieht. Die Gruppen »No somos Delito« und »Hologramas por la Libertad« organisierten eine virtuelle Demonstration. Statt AktivistInnen schickten sie Hologramme auf die Straße. Wir dokumentieren sowohl die drakonischen Strafen der Ley Mordaza als auch Videostills der virtuellen Demonstration.

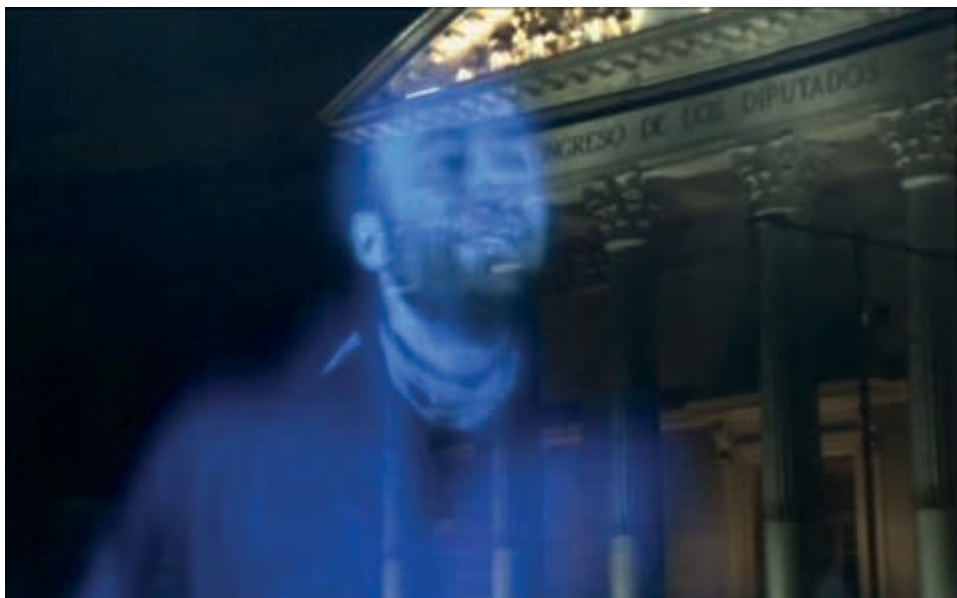
www.hologramasporlalibertad.org/#project



LA LEY MORDAZA

**EIN MAULKORB
FÜR DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG
IN SPANIEN**





Fotografieren oder Filmen von Polizeikräften soll zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Versammlungen an öffentlichen Orten und Plätzen sollen zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Stören oder Verhindern von Zwangsräumungen soll zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Versammlungen vor dem Parlament sollen zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Der Polizei wird erlaubt, schwarze Listen über Protestierende, AktivistInnen und alternative Medien anzulegen.

Die Polizei darf nach eigenem Ermessen Leibesvisitationen durchführen.

Wer gegen ein Bußgeld Widerspruch einlegt, muss die Kosten des Verfahrens selbst tragen.

Bankbesetzungen als Protestform sollen zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Aufenthalt an besetzten Orten soll zwischen 100 und 600 € Bußgeld.

Gewaltfreier Widerstand gegen Ordnungskräfte soll zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Unangemeldete Kundgebungen sollen zwischen 600 und 30 000 € kosten.

Die Polizei kann nach eigenem Ermessen Razzien durchführen, ohne dass eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung vorliegen muss.

Zufällige oder verdachtsunabhängige Personenkontrollen von MigrantInnen oder Angehörigen von Minderheitengruppen im Sinne eines »racial profiling« werden legalisiert.